

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, Frau Paul, das Thema „Gewalt“ ist sehr wichtig. Aber wenn Sie mal munter durchzählen wollen und auch den Sitzungsdienst berücksichtigen, dann sehen Sie, dass die Fraktionen von CDU und FDP deutlich stärker vertreten sind als Ihre beiden Fraktionen, die diesen Antrag gestellt haben.

(Beifall von der FDP, der CDU und von Andreas Keith [AfD] –
Zurufe von Josefine Paul [GRÜNE] und Britta Altenkamp [SPD]
– Gegenruf von Christof Rasche [FDP]: Sie hat doch ihre Rede
damit begonnen! – Helmut Seifen [AfD]: Seien Sie doch ruhig!)

– Ich habe jegliches Verständnis dafür, wenn die Kollegen nach intensiven Debatten mal eine Pause brauchen. Sie haben das Fässchen aufgemacht.

Jetzt kommen wir mal zum Thema „Gewalt“. Gleich zu Beginn: Meine FDP-Landtagsfraktion lehnt Gewalt generell ab, und zwar nicht nur Gewalt gegen Mädchen, sondern auch Gewalt gegen Männer – Gewalt in jeglichem Bereich oder auch, speziell am heutigen internationalen Tag gegen Homophobie, gegen Schwule und Lesben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Britta Altenkamp [SPD]:
Jetzt komm doch mal zum Thema!)

Die Fraktionen im Landtag – ich schaue mal zu meiner Fraktion, aber auch CDU, SPD und Grüne – lagen thematisch bisher den Schutz vor Gewalt betreffend nicht weit auseinander. Wir ziehen sogar mit vereinten Kräften an einem Strang und zeigen regelmäßig Flagge. Bei unseren vier Fraktionen denke ich an den jährlichen Gedenktag von „Terre des

Femmes“, an dem wir alle gemeinsam die Flagge hissen und uns gemeinsam beteiligen. Das ist wichtig, und das soll auch so bleiben.

Für uns war vor einem Jahr zu Regierungsbeginn klar, dass wir auf den vorhandenen Hilfestrukturen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen aufbauen wollen. Wir haben uns dabei die in der Istanbul-Konvention formulierten Ziele zu Herzen genommen und das auch im Koalitionsvertrag so vereinbart.

Darin steht erstens: NRW wird sich an der Dunkelfeldstudie zu Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen des Landeskriminalamts in Niedersachsen beteiligen. Dabei sollen Informationen und Hintergründe von Gewalt gegen Mädchen und Frauen erarbeitet werden, sodass Grundlagen für Gegenstrategien entwickelt werden können.

Wir wollen zweitens eine Landeskoordinierungsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, aber auch von Gewalt gegen Männer einrichten.

Mithilfe von Interventionsketten wollen wir die Hilfestruktur und die Opferberatung strukturieren und miteinander verzahnen.

Drittens werden wir den Landesaktionsplan „NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt“ fortschreiben; denn der erste Landesaktionsplan war mehr eine Zusammenfassung oder eine Auflistung als ein Handlungsplan. Allerdings ist es schon ratsam, diese Fortschreibung auch ordentlich vorzubereiten, sodass wir dann nachhaltige Maßnahmen von hoher Qualität erzielen und erreichen.

Als Zwischenbilanz kann ich feststellen, dass wir schon ein gutes Stück vorangekommen sind. So haben wir noch mit dem Nachtragshaushalt 2017 die Frauenhausstruktur stabilisiert. Mit dem diesjährigen Haushalt haben wir zusätzlich 600.000 € für den Schutz und die Hilfe für gewaltbetroffene Frauen zur Verfügung gestellt, und davon konnten wir mit 100.000 € die Existenz der ambulanten Frauenberatungsstellen sichern. Eine halbe Million € steht nun den Frauenhäusern zur Verfügung. Derzeit laufen Verhandlungen über die qualitative Verbesserung der Frauenhausstruktur. Darüber hinaus bin ich froh, dass NRW im letzten Jahr den Zuschlag als Modellprojekt des Bundes zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zum Schutz von Frauen vor Gewalt und häuslicher Gewalt erhalten hat.

Die Zwischenbilanz des Projekts „Mädchen sicher inklusiv“ war für mich schockierend; denn demnach haben ein Viertel der Mädchen mit Behinderung Gewalterfahrungen gemacht. Wir haben deshalb nicht lange gezögert und schon in diesem Jahr 200.000 € zur Verfügung gestellt, damit nach Ausklang des Projekts nahtlos eine Landesfachstelle Gewaltschutz bei Behinderung eingerichtet werden kann.

An vielen Stellen finde ich mich auch in Ihrem Antrag wieder und freue mich über das Lob an unsere Koalition. Beim Forderungskatalog habe ich teilweise den Eindruck gehabt, dass unser Koalitionsvertrag als Vorlage dafür gedient hat. Ich fühle mich daher in meinem politischen Kurs durchaus bestätigt.

Allerdings gefällt mir der letzte Forderungspunkt nicht wirklich. Aus meiner Sicht handelt es sich um ein hochkompliziertes und schwieriges Rechtsthema. Ich erinnere an dieser Stelle noch einmal an die schwierige rechtliche Situation verheirateter minderjähriger Mädchen, die wir zum Ende der letzten Legislaturperiode debattiert haben, als wir gemeinsam nach einem rechtlich sauberen Lösungsweg gesucht haben. Es ist uns damals mit viel fachlicher Kompetenz eine saubere Lösung gelungen. Diesem Thema sollten wir uns in ähnlicher Weise nähern.

Ich freue mich daher auf die Beratungen und Diskussionen im Ausschuss.
– Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die AfD hat der Abgeordnete Röckemann das Wort.